

Das Sparpaket aus der Sicht des Mittelbaues

Am 18.1.1994 hat der akademische Mittelbau sich geweigert, die Wahl ihrer Vertreter im Senat nach UOG93 durchzuführen.

Die Gründe für diese drastische Maßnahme wurden in der Diskussion vorher, in der deutlich die Frustration über das Sparpaket der Regierung laut wurde, deutlich gemacht. Dieses Belastungspaket, ein Sparpaket ist das Vorgelegte wohl nicht zu nennen, belastet uns als Universitätslehrer drei mal!

Erstens ...

geht es uns als „Nur-Mitglied“ von Familien und Steuerzahlern wie der Mehrheit der Österreicher.

Zweitens ...

sind wir aber auch Beamte und werden daher von Massenmedien und gemachter öffentlicher Meinung sachlich und argumentativ falsch als „Privilegierte“ dargestellt. Beim Vergleich der Lebens-einkommen von Angestellten in der Privatindustrie und im öffentlichen Dienst liegt das Einkommen in der Privatindustrie wesentlich höher.

Nur als Beispiel kann festgehalten werden, daß die immer wieder zitierte hohe Pension, durch niedrigere Anfangslöhne selbst bezahlt wird. Dies gilt natürlich nur unter der Voraussetzung gleicher Qualifikation, unser spezielles Pech ist es, zu den am höchsten qualifizierten Gruppen zu gehören.

Dies fordert unser Dienstgeber, der Staat, auch von uns, bei nicht zeitgemäßer Erbringung der Qualifikation, endet das Dienstverhältnis.

Wie fair die Bundesregierung gegen uns vorgeht, die ihren Sparwillen als erstes durch Aufstockung der Regierungsmannschaft dokumentierte, kann noch an einigen Beispielen aufgezeigt werden.

Ein Biennalsprung sollte ausgesetzt werden.

Eine Verweigerung dieser automatischen Gehaltserhöhung alle zwei Jahre würde in der Privatindustrie sofort zu einem Verfahren vor dem Arbeitsgericht führen. Eine Hochrechnung, auf ein mittleres Einkommen bezogen, ergibt einen Lebens-einkommenverlust von etwa 4%.

Die geplante Pensionsbemessung mit Hilfe eines Durchrechnungszeitraumes von 5 Jahren bedeutet einen Pensionsverlust von etwa 10%, was das oben erwähnte Ungleichgewicht zwischen Privatwirtschaft und öffentlichem Dienst noch verstärken würde.

Drittens:

Als Universitätsangehörige werden wir ein drittes Mal benachteiligt. Die geplante Verringerung der Nebenge-



von
DI Dr.techn., Ass.Prof.
Rudolf Riedl-Narentenau

bühren betrifft auch unsere Forschungszulage und Aufwandsentschädigung. Eine Kürzung um 25% erbrächte für jeden Kollegen eine Einbuße von 900.- monatlich. Dies drückt uns unter das Gehaltsniveau der von uns ausgebildeten Mittelschullehrer, die das gleiche Gehaltsschema, aber keine Verpflichtung zur Forschung haben.

Die Lehrverpflichtung soll neu geregelt werden. Was für Ordinarien sofort herauszulesen ist, erscheint für den Mittelbau versteckter!

Die Befürchtung, daß unsere eigenverantwortliche Lehrverpflichtung, ohne die gesetzlich geregelte Abgeltung aktiviert wird, steht im Raum. Dies würde bestens zu der geplanten Kürzung der Lehrauftragskontingente, Einfrieren der Lehrauftragsremuneration, zwei Vorhaben die sich gravierend auf die Studierenden

auswirken würden, passen.

Was uns bei unserer Arbeit besonders trifft, ist die verhängte Aufnahmesperre in Verbindung mit der Absicht der Bundesregierung 1% der Ist-Stellen einzusparen. Nicht nur, daß wir die seit Jahren aufgezeigten Mängel an Dienststellen nicht bereinigt bekommen, ist es zu befürchten, daß durch Einzug wissenschaftlicher Stellen, die zur Implementierung des UOG 93 notwendigen Verwaltungsstellen geschaffen werden.

Diese Darstellung aus unserer Sicht zeigt im Ansatz, daß auch alle anderen Universitätsangehörigen schwerstens betroffen sind. Wir können dies nicht hinnehmen, da das geplante Belastungspaket uns existenziell gefährdet!

Die getroffene Maßnahme war nur ein erstes Signal, das beachtet werden sollte. Wir schrecken nicht vor weiteren Protesten, bis hin zur Blockierung von Lehrveranstaltungen und Prüfungen zurück, nur sollten die Studierenden wissen, daß dies nicht gegen sie, sondern auch für sie getan werden müßte!

Mobilisieren ...

wir alle unsere Überzeugungskraft, sodaß ein solcher Schritt nie nötig wird!